

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

des Abgeordneten Christian Ries
und weiterer Abgeordneter
betreffend **Ablehnung des EU-Asyl- und Migrationspakets**

eingebraucht im Zuge der Debatte zu TOP 9, Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (2178 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2024 (Bundesfinanzgesetz 2024 – BFG 2024) samt Anlagen (2300 d.B.) – UG 18, in der 239. Sitzung des Nationalrates, am 21. November 2023

Das Budget 2024 sieht für die UG 18-Fremdenwesen insgesamt 788,1 Mio. EUR vor. Das Budget 2023 wurde in Reaktion auf die steigenden Asylwerber bereits auf 1.054,8 Mio. EUR erhöht. Die Zahl der 2022 in Österreich gestellten Asylanträge hat die dramatische Rekordmarke von 100.000 weit überschritten, heuer sind es bereits fast 50.000, der dritthöchste Wert seit 1958. Das von ÖVP und Grünen verursachte Asylchaos stellt nicht nur das Katastrophenjahr 2015 in den Schatten, vielmehr hat die illegale Einwanderung schon längst das Ausmaß einer „neuen Völkerwanderung“ erreicht. Den Preis dafür lassen Nehammer, Kogler und Co. die Österreicher mit dem Verlust ihrer Sicherheit, ihres Rechts auf Heimat und Abermilliarden an Steuergeld aus allen möglichen Bereichen bezahlen.

Im Mai 2023 sprach sich Innenminister Mag. Gerhard Karner (ÖVP) noch strikt gegen eine EU-Verteilungsquote von Migranten aus. „Wir werden einer Pflichtquote bei der Verteilung von Flüchtlingen nicht zustimmen, denn Österreich hat bereits mehr als genug geleistet“, so Karner vor wenigen Wochen.¹

Einen EU-Innenministerrat später fiel Karner allerdings bereits um und brach sein zentrales Versprechen, eine Umverteilung von Migranten auf EU-Ebene zu verhindern. Eine Mehrzahl der Innenminister der EU-Mitgliedstaaten – inklusive Karner – befürwortete bei der Ratssitzung am 8./9. Juni eine irreführenderweise als „Solidaritätsmechanismus“ bezeichnete Verteilungsform von Migranten. Zukünftig sollen demnach EU-Mitgliedstaaten, welche unter den Migrationsströmen besonders leiden, Unterstützung von den anderen EU-Mitgliedstaaten einfordern können. Diese müssen dann entweder Migranten selbst übernehmen oder Zwangsgelder in Höhe von 20.000 Euro pro nicht übernommenen Migranten zahlen.²

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

Entschließungsantrag

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, speziell der Bundesminister für Inneres, wird aufgefordert, im Rahmen der Institutionen der Europäischen Union das EU-Asyl- und Migrationspaket und jede Form von Strafzahlungen für die Weigerung, Migranten aufzunehmen, abzulehnen, damit die Kosten für den Steuerzahler nicht noch weiter steigen.“

¹ Express 19.05.2023: Innenminister Karner zu Asylwellen: „Österreich hat genug geleistet“

² Tagesschau 09.06.2023: Wie Europa künftig mit Geflüchteten umgehen will